



Ergänzungsvorlage zur Sitzungsvorlage 2019/204

FB / Aktenzeichen		Vorlage	Datum
II/32 / I/40 u. II/32	öffentlich	2019/204/2	12.12.2019

BERATUNGSFOLGE		Beratungsergebnis			
Gremium	Termin	EST	Ja	Nein	Enth.
Gemeinderat	17.12.2019				

Sachstandsbericht zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr

- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2019
- Antrag der FDP-Fraktion vom 29.08.2019
- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2019
- Antrag der FDP-Fraktion vom 19.11.2019
- Sachstandsbericht

Beschlussvorschlag:

Ein Beschlussvorschlag wird nicht unterbreitet.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

keine

Gleichstellung:

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert.

ja [] nein [**X**]

Sachdarstellung:

Bzgl. des zugrunde liegenden Sachverhaltes wird auf die Vorlagen 2019/204 sowie 2019/204/1 verwiesen.

In der Sitzung des Bildungs- Generationen- und Sozialausschusses wurde die Verwaltung u. a. um Kontaktaufnahme zum Verkehrskommissariat der Kreispolizeibehörde Warendorf gebeten zur Abstimmung der Bereitschaft die Zusammenarbeit für eine Aktionswoche der Schulen zum Thema Verkehrssicherheit.

Die Kreispolizeibehörde Warendorf hat der Verwaltung zurück gemeldet, dass sie die Durchführung einer schulischen Projektwoche zum Thema Verkehrssicherheit für gut halten und die Schulleitungen gerne beratend bei den Vorbereitungen unterstützen. Die entsprechenden Kontaktdaten wurden den Schulleitungen bereits verwaltungsseitig mitgeteilt.

Am 13.12.2019 wurde durch das Ordnungsamt im Umfeld der Schulen die Einhaltung des absoluten Halt- und Parkverbotes kontrolliert. Die Aktion wurde im Vorfeld den Schulleitungen mitgeteilt. Ebenso wurde über die Presse und socialmedia von der Aktion berichtet. Die Kreispolizeibehörde Warendorf hat sich an der Aktion beteiligt und parallel Beleuchtungskontrollen an Fahrrädern durchgeführt. Diese Kontrollen fanden zeitgleich im Bereich der Schulstraße und des Hanfgarten sowie im Umfeld des Collegium Johanneum statt. Seitens des Ordnungsamtes wurden insgesamt zwei Verwarnungen wegen Verstoßes gegen das absolute Halt- und Parkverbot ausgestellt.

Die Verwaltung hat die Anträge der Fraktionen zum Thema „Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr“ allesamt dem Straßenverkehrsamt vorgelegt. Die straßenverkehrsbehördliche Stellungnahme ist dieser Vorlage beigefügt (Anlage 1). Es handelt sich hierbei um eine Vorab-Stellungnahme zu den angesprochenen Anregungen. Ein förmliches Anhörungsverfahren von Polizei und Straßenbaulastträger wurde nicht durchgeführt. Dieses erfolgt nur bei konkreten Anträgen.

Wolfgang Annen
Bürgermeister

N.N.
Fachbereichsleiter

N.N.
Sachbearbeiter
